



CDU-Ratsfraktion Erkrath
Wolfgang Jöbges
Amselweg 6
40699 Erkrath
Tel.: 0211 244256
Mail: info@joebges.de
17.03.2016

Haushaltsrede 2016 **CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Jöbges**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schultz,
sehr geehrte Damen und Herren!

Die Haushaltsberatungen sind beendet, heute steht der Haushalt 2016 zur Verabschiedung an. Seit der Einbringung des Haushaltes durch den Kämmerer im Dezember 2015 haben wir uns umfangreich mit dem Haushaltsentwurf der Verwaltung beschäftigt. Mit uns meine ich auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, welche in den Ausschüssen sachorientiert beraten haben. In den Ausschüssen sind seitens der Verwaltung diverse Veränderungen eingebracht worden. Hieraus ist ersichtlich, dass der Haushalt ein dynamisches Papier ist, welches durch zusätzlich eintretende Ereignisse immer wieder aktualisiert werden muss.

Gestatten Sie mir einmal in die Vergangenheit zurück zu blicken. Wenn wir einmal ca. 25 Jahre zurückgehen und uns dann die dortigen Haushaltsberatungen betrachten, werden wir feststellen, dass sich die kommunalpolitischen Handlungsspielräume der Politik stark verringert haben.

Vor 25 Jahren trugen unter anderen Herr Schröder von der FDP, Herr Herder von der GAB, Herr von Ost von der UWG, Herr Drese von der SPD und Herr Sehmisch von der CDU Verantwortung für die Kommunalpolitik in Erkrath

Wenn ich mich an die damaligen Haushaltsberatungen bei der CDU zurück erinnere, muss ich feststellen, dass damals finanzieller Spielraum für neue Projekte und Ideen vorhanden war. Der damalige Stadtdirektor Günter und der Kämmerer Jansen brauchten der Politik nicht immer erzählen „wir haben kein Geld dafür“, „der Haushalt ist überschuldet“ und „das ist nicht darstellbar“. Einige Kollegen von damals, die heute dem Rat heute noch angehören, werden bestätigen, dass es heute schwieriger ist, Politik zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten

Gewiss, in der Vergangenheit hatten wir auch schon finanzielle Probleme zu lösen. Vor rund zehn Jahren waren wir glücklich, dass wir die Haushaltssicherungsperiode überstanden hatten.

Die Hoffnungen, die auch seitens der Politik mit der Einführung des NKF verbunden waren, haben sich leider nicht erfüllt. Durch Berücksichtigung der Abschreibungen, Pensionsrückstellungen und einer bilanzmäßigen Betrachtung der Gemeindefinanzen gegenüber der vorher herrschenden Kameralistik ist der Haushalt zwar ehrlicher geworden; gegenüber den Jahren zuvor tritt jedoch allein schon durch die Umstellung ein rechnerisch bedingtes Defizit auf. Auch die ominöse Ausgleichsrücklage, welche in Erkrath schon längst verzehrt ist, hat uns nicht gerettet.

Um es noch einmal für alle Bürgerinnen und Bürger klarzumachen: Ein Haushalt, der nach der alten Kameralistik ausgeglichen war, weist bei der neuen Berechnungsmethode ein Defizit in Größenordnung von mehreren Millionen Euro aus.

Wenn eine Stadt wie Erkrath, welche ansehnliche Gewerbesteuer und sonstige Einnahmen hat, nicht in der Lage ist, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, dann stimmt etwas im System nicht. Mit System meine ich die Finanzierung der Kommunen. Seit vielen Jahren bemängeln wir schon das Fehlen einer kommunalen Finanzreform in Nordrhein-Westfalen. Ich kann es jedes Jahr in meiner Haushaltsrede schallplattenartig wiederholen: Bund, Land und Kreis entlasten ihre Haushalte zulasten der Stadt Erkrath. Ohne die gewerbesteuerstarke Stadt Monheim würde uns die Kreisumlage, welche dann für Erkrath ca. 6 Millionen € höher wäre, finanziell das Genick brechen.

Durch die Flüchtlingskrise wird die finanzielle Situation der Stadt Erkrath noch zusätzlich verschärft. Verwaltung, Verbände, Vereine, einzelne Bürger und Politik geben in Erkrath ihr Bestes, um die uns anvertrauten Flüchtlinge unterzubringen und zu versorgen. Hier brauchen wir uns im landesweiten Vergleich nicht zu verstecken. In Erkrath wird eine hervorragende Arbeit geleistet.

Unsozial ist, dass der Bund, welcher die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Zuzug und die Aufnahme von Menschen in Deutschland setzt, sich nicht darum kümmert, dass aus Bundesmitteln auch die entsprechenden finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

In den Haushaltsberatungen wurde seitens der Verwaltung dargelegt, dass zwischen den von uns verauslagten Beträgen für die Unterbringung von Flüchtlingen und der Erstattung durch das Land ca. 1,5 bis 2 Millionen Euro fehlen.

Der vor zwei Wochen im Rat dargelegte Bericht des Gemeindeprüfungsamtes über die Prüfung der Stadt Erkrath hat uns noch mal deutlich gemacht: So kann es finanziell in Erkrath nicht weitergehen! Mit den Einnahmen können wir die laufenden Kosten auf Dauer nicht tragen.

Die CDU-Fraktion hat sich immer dafür ausgesprochen, die Einnahmesituation der Stadt Erkrath zu verbessern. Im Speckgürtel der Landeshauptstadt Düsseldorf sind wir ein gefragter Partner für Gewerbe und Wohnungen.

Dass wir der Nachfrage im Gewerbebereich nicht gerecht werden können, liegt bekannter Weise daran, dass die zur Verfügung stehenden Grundstücksflächen nicht ausreichen. Wir sind deshalb dankbar, dass es gelungen ist, zusammen mit der BMU einen Beschluss zur Entwicklung eines Premium Gewerbegebietes auf der Neanderhöhe zu fassen.

Die Potenzialanalyse bezüglich anderer Gewerbegebiete wie Kemperdick hat ergeben, was im Vorfeld schon vorausgesagt wurde: Es wird sich nicht rechnen.

Erkrath ist aber auch eine gefragte Adresse für Einfamilienhäuser und Wohnungen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in diesem Bereich zügig, nach Auswertung der Analysen des Stadtentwicklungskonzeptes, Flächen ausgewiesen und bebaut werden. Als erstes wird hier die Fläche Schmiedestraße anstehen. Aber auch die Fläche zwischen Bahnlinie und Wimmersberg sollte zügig einer Entwicklung zugeführt werden.

Trotz der angestrebten Verbesserung der Einnahmen sind wir keine Utopisten und gehen nicht davon aus, dass das Defizit der Stadt Erkrath so überwunden werden kann.

Ohne Einsparungen, die den Namen auch verdienen, hat Erkrath keine Zukunft. Die Ausgaben der Stadt Erkrath liegen über unseren Verhältnissen.

Denn eines muss hier noch mal gesagt werden, meine Damen und Herren: Geld verschwendet haben wir hier in den letzten Jahren nicht. Vielfältige Aufgaben bei der Betreuung von Kindern zwischen null und sechs Jahren, weitere Aufgaben im Brandschutz haben zu zusätzlichen Kosten geführt.

Bei Aufstellung des letzten Haushaltssicherungskonzepts vor mehr als zehn Jahren hatte die Verwaltung einmal berechnet, dass die freiwilligen Aufgaben unter 5 % unserer Ausgaben liegen.

Wir als Stadt Erkrath stehen mit diesen finanziellen Herausforderungen nicht alleine. Vielen Städten nicht nur im Kreis geht es viel schlechter als uns. Dies ist jedoch kein Grund dafür, die Hände in den Schoß zu legen und darauf zu setzen, dass irgendeiner es schon richten wird.

Um das Defizit von rund 7 Millionen € im Jahr 2016 für die Zukunft abzubauen, ist es unumgänglich, in Erkrath eine Diskussion über Wünschenswertes und Bezahlbares zu führen. Es muss über Standards und Prioritäten diskutiert werden. Es darf keine heiligen Kühe geben!

Insbesondere die Steigerung der Personalkosten macht mir große Sorgen. Die prognostizierte Steigerung der Personalaufwendungen von 24,61 Millionen € im Jahre 2015 (Ergebnis) auf 31,27 Millionen € im Jahr 2016 macht die Problematik deutlich. Wenn wir dagegen die Einkommensteuerentwicklungen sehen: 29,52 Millionen Ergebnis im Jahr 2012; 26,3 Millionen Prognose für das Jahr 2015 und 28,22 Millionen Prognose für das Jahr 2016 wird ersichtlich, dass uns die Gewerbesteuer allein schon zum Ausgleich der steigenden Personalkosten nicht retten wird.

Um nicht die 5 % Grenze zu reißen und damit verpflichtet zu sein, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, ist es geboten, dass sich der Haupt- und Finanzausschuss, welcher ja nicht nur der Hauptausschuss sondern auch der Finanzausschuss ist, in Sondersitzungen nur mit dem Thema Haushaltskonsolidierung beschäftigen muss. Wir sind der festen Überzeugung, dass unsere Bürgerinnen und Bürger für Einsparungen durch Reduzierung von Standards auch Verständnis haben.

Meine Damen und Herren, in jedem privaten Haushalt läuft dies nicht anders. Wenn die Einnahmen nicht mehr zur Deckung aller Ausgaben ausreichen, muss man sich überlegen, wie man die Ausgaben reduzieren kann.

Es macht mehr Sinn sich rechtzeitig mit der Thematik zu beschäftigen als zu warten, dass bei einem erzwungenen Haushaltssicherungskonzept die Spielräume eingeschränkter sind. Wir sollten den Bericht des Gemeindeprüfungsamtes und die Prüfung der Jahresabschlüsse zum Anlass nehmen, alle Ausgabenpositionen auf den Prüfstand zu stellen. Hier wird es auch um Bereiche der inneren Verwaltung gehen, d.h. den Bereich, der früher Verwaltungshaushalt genannt wurde.

Wir sprechen uns dafür aus, dass die Stadt Erkrath ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept aufstellt. Bis zur ersten Sitzung der Fachausschüsse nach der Sommerpause soll die Verwaltung ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept vorlegen. Zielvorgabe ist, bis 2020 Maßnahmen zur Volledeckung des strukturellen Defizites zu ergreifen.

Wir als CDU-Fraktion sind gewillt, mit den anderen Fraktionen im Rat zusammen konstruktiv über eine Sparpolitik zu beraten.

Wenn man sieht, dass die wirtschaftsstarke Landeshauptstadt Düsseldorf beabsichtigt, 20 % der Personalkosten zurückzuführen, weiß man, was die Stunde geschlagen hat.

Was wir nicht wollen ist, vielleicht den bequemen Weg zu gehen, indem wir an der Steuerschraube drehen; d.h. den Bürgern mit der Grundsteuer oder den Unternehmen mit der Gewerbesteuer mehr Geld aus der Tasche zu ziehen und es genauso zu machen wie Bund, Länder und Kreise mit ihren Städten.

Die Bürger haben einen Anspruch darauf, dass wir mit dem anvertrauten Gemeinwesen als Ratsmitglieder sorgfältig umgehen. Die CDU-Fraktion wird deshalb nicht dem Antrag der SPD-Fraktion folgen, die Grundsteuer auf 500 zu erhöhen und hiermit den Bürgern ca. 1,5 Millionen € zusätzlich aus dem Portemonnaie zu nehmen.

Dies wäre der falsche Ansatz. Zunächst müssen Rat und Verwaltung ihre Hausaufgaben erledigen, indem sie alle Einsparmöglichkeiten ausschöpfen.

Wenn dies alles nicht ausreicht, kann zur Aufrechterhaltung der kommunalen Handlungsfähigkeit darüber nachgedacht werden, auch die Grundsteuer zu erhöhen.

Im Vorfeld die Bürger zu belasten, ohne dass wir uns die entsprechende Arbeit gemacht haben, ist unfair und nicht der richtige Weg. Deshalb spricht sich die CDU zum jetzigen Zeitpunkt gegen die Erhöhung der Grundsteuer und auch der Gewerbesteuer aus.

Nach Auskunft der Verwaltung im Hauptausschuss wird der heute zur Abstimmung stehende Haushaltsentwurf die 5%-Grenze nicht überschreiten, sodass ein erzwungenes Haushaltssicherungskonzept abgewendet werden kann.

Auch die IHK zu Düsseldorf bestätigt in ihrer diesjährigen Stellungnahme den Ernst der Lage in Erkrath. Ich zitiere:

Bereitstellung attraktiver Gewerbeflächen unterstützen. Überlegungen zu Steuererhöhungen passen nach Ansicht der IHK schon aufgrund der veränderten Wettbewerbssituation bei Unternehmensansiedlungen im Kreis Mettmann nicht in die Zeit. Nur im Zusammenspiel zwischen Aufwandsreduzierung und Gewerbeneuansiedlungen kann die Trendwende zu ausgeglichenen Haushalten in Erkrath nachhaltig gelingen. Auf eine zügige Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf die Finanzausstattung der Kommunen und die Einhaltung des Konnexitätsprinzips, die auch aus Sicht der IHK überfällig ist, kann sich die Stadt Erkrath nicht verlassen. Mit einem Hinweis auf die Vergeblichkeitsfalle werden kommunale Finanzprobleme nicht gelöst.

Für uns gilt es, in diesem Jahr alle Möglichkeiten aufzuzeigen, damit im nächsten Haushaltsentwurf 2017 die Ein- und Ausgaben wieder in einem gesünderen Verhältnis stehen.

Bleibt mir zum Ende meiner Rede nochmals der Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und den „alten“ Bürgermeister Arno Werner sowie den neuen Bürgermeister Christoph Schultz für die im letzten Jahr geleistete Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Erkrath.

Die CDU-Fraktion wird dem zur Abstimmung stehenden Haushaltsentwurf und Stellenplan zustimmen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Wolfgang Jöbges
CDU-Fraktionsvorsitzender